

# Anzeiger für den Kreis Bleß

**Bezugspreis:** Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 2,50 Zloty. Der Anzeiger für den Kreis Bleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Bleß, ul. Piastowska 1

**Nikolaier Anzeiger  
Blesser Stadtblatt**

**Anzeigenpreis:** Die 8-gespaltene mm-Zeile für Polen 15 Gr. die 3-gespaltene mm-Zeile im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger“ Bleß. Postpartassen-Konto 302622. Fernruf Bleß Nr. 52

Nr. 52

Mittwoch, den 1. Mai 1929

78. Jahrgang

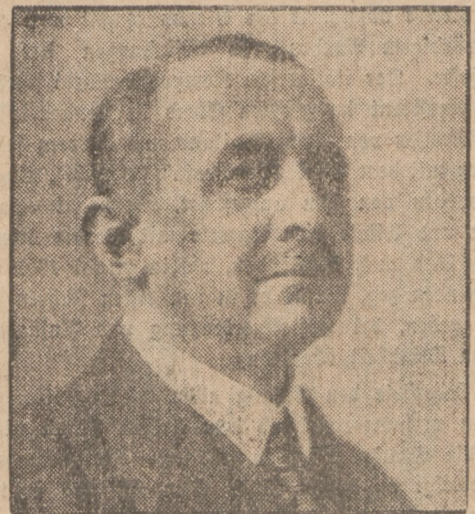
## Der Minderheitenfeindliche Dreierauschuß

Die Veröffentlichung der deutschen Denkschrift

Genf. In Minderheitenkreisen wird es als außerordentlich beunruhigend empfunden, daß die lebenswichtigen Verhandlungen der Minderheiten gegenwärtig in London von einem Katastrophengefühl geprägt werden, der seiner Zusammenfassung nach einen ausgesprochenen minderheitenfeindlichen Charakter trägt. Ferner wird mit großer Besorgnis darauf hingewiesen, daß das Völkerbundssekretariat die Veröffentlichung der zahlreichen Denkschriften der neutralen Regierungen verzögert, während die minderheitenfeindlichen Regierungen ihrerseits ihre Denkschriften an den Völkerbundsrat in der Minderheitenfrage bereits veröffentlicht haben. Es liegt somit eine einseitige Beeinflussung der öffentlichen Mei-

nung gegen die Minderheiten vor, während die Stellungnahme Deutschlands und der neutralen Mächte durch das Schweigen des Völkerbundssekretariats tatsächlich boykottiert wird. Unter diesen Umständen wird mit wachsendem Maße an die deutsche Regierung die Aufforderung gerichtet, nunmehr ihrerseits die deutsche Denkschrift an den Völkerbundsrat zu veröffentlichen. Hierbei wird besonders darauf hingewiesen, daß die deutsche Regierung durch die unredliche Art der Behandlung der Minderheitendenkschriften jeglicher Schweigepflicht entbunden sei und daß ein weiteres Schweigen lediglich das Vorgehen der minderheitenfeindlichen Staaten praktisch unterstützen würde.

### Die Regierungsbildung in Oesterreich



Bundeskanzler Stresemann

Wien. An der endgültigen Wahl von Stresemann zum Bundeskanzler wird nicht mehr gezweifelt, zumal auch von Seiten des Landbundes kein Widerstand mehr zu erwarten ist. Die Wahl im Nationalrat wird Donnerstag vorgenommen werden. Die übrige Ministerliste steht nahezu fest, da man in christlich-sozialen Kreisen anscheinend entschlossen ist, anstelle von Dr. Kienbed Dr. Mittelberger zum Finanzminister zu machen. Neu besetzt wird das Landwirtschaftsministerium und zwar durch den Präsidenten des Reichsbauernbundes, Födermann.

## Das Programm der dänischen Regierung

Durchführung der Abrüstung — Beseitigung der Arbeitslosigkeit — Schulreformen — Absatzmärkte

Kopenhagen. Die neue Ministerliste ist dahin zu ergänzen, daß Staaning außer dem Ministerpräsidenten ein neu gebildetes Ministerium für Fischerei, Seefahrt und Grönland übernimmt. Gestern vormittag hat Staaning dem König die Ministerliste zur Festsetzung vorgelegt, worauf im Laufe des Tages dem König die neuen Minister vorgestellt wurden. Die zwischen den Sozialdemokraten und den Radikalen geführten Verhandlungen haben zu einem gemeinsamen Arbeitsprogramm geführt, das als ersten Punkt die Durchführung des vom Folketing bereits unter dem ersten Kabinett Staaning angenommenen Abrüstungsvorschläge vorantreibt. Ferner sind in dem Programm u. a. folgende Punkte aufgeführt: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Armut in Stadt und Land, erweiterter Zugang zum Land für Bauern, Förderung der Landverbesserungsarbeiten, der Fischerei,

Arbeit an der Lösung des Beschäftigungsproblems durch Modernisierung der Industrie und Erschließung neuer Absatzmärkte für dänische Erzeugnisse, Kräftigung für langjährige Arbeitslose mit Entlastung der Gemeinden, Auf- und Ausbau der Sozialgesetzgebung, Aufhebung des Gesetzes über Gewerbe- und Arbeitsfreiheit, Aufhebung von Wahlrechtseinschränkungen bei Gemeindevahlen, Änderungen des Wahlrechts und im Zusammenhang damit der Verfassung mit Aufhebung des Landstings als Ziel, Ratifizierung der von der internationalen Arbeitsorganisation und dem Völkerbund angenommenen Abkommen, darunter des über den chemischen Krieg und den privaten Waffenhandel, ein zeitgemäßes Strafgesetz, Änderung der Bankaktien- und Versicherungsgesetzgebung, sowie Schaffung einer Gesetzgebung für Trust und Monopole, Vorbereitung von Schulreformen, besonders Verbesserung der Lehrerbildung.

### Wieder Pariser Pessimismus

Paris. Die Pariser Börse verbesserte am Montag das pessimistische Urteil, das in der vorigen Woche allenthalben die Erregung getreten war. Diese Besserung, die zu einer teilweisen Erhöhung der Kurse führte, war teilweise auf die in Börsenkreisen verbreitete Hoffnung zurückzuführen, die deutschen Sachverständigen auf der Pariser Finanzkonferenz könnten im Laufe der Schlussberatungen zu Zugeständnissen bereit sein.

In der Pariser Abendpresse hat sich jedoch der zuletzt zur Schau getragene Optimismus über den Ausgang der Beratungen wieder stark verflüchtigt. Ähnlich wie das „Journal des Débats“ stellt auch der „Petit Parisien“ fest, der allgemeine Eindruck sei wenig günstig. Ausführlicher geht nur das „Journal“ auf die Pariser Konferenz ein. Das Blatt gibt einen der Gründe für die Verfinsternung des Horizontes mit der Tatsache an, daß die deutsche Demokratische Partei in einer Entschließung die Haltung Dr. Schachts rückhaltlos gebilligt habe. „Es wird immer weniger“, schreibt das „Journal“, „daß die Deutschen ihre Hoffnungen auf das Wiedereintreten der Politiker und einen völligen Wechsel in der Verhandlungsweise stützen. Der Ausschluß der deutschen Delegierten aus dem Damesplan ausarbeitete, enthielt keinen Vertreter Deutschlands. Am den Plan zur Annahme durch Deutschland zu bringen, wurde die Londoner Konferenz einberufen. Heute das deutsche Parlamenten der Deutsche an der Ausarbeitung einer Regelung der deutschen Gläubiger und Schuldner teil. Zweifellos haben die Verhandlungen das letzte Wort. Aber dieses kann nur die Zustimmung zu dem von den Sachverständigen vorbereiteten Plan sein, aber die Feststellung sein, daß eine Einigung nicht möglich ist. Wenn die Finanzkonferenz scheitert, wird die Frage für lange Zeit offen sein, bis die Umstände die Wiederaufnahme und zweifelslos unter weit weniger günstigen Bedingungen (für wen?) Verhandlung der D.-U.) erzwingen.“

### Lord George gegen eine Arbeiterregierung

London. In einer in Milford Haven gehaltenen Rede erklärte Lord George an den Ministerpräsidenten die Frage, ob im Falle der Niederlage der Regierung, die als völlig unzulässig zu betrachten sei, dem König die Bildung einer solchen absoluten Arbeiterregierung empfohlen werde. Da die Sozialisten eine absolute Mehrheit im Parlament eroberten, würde es von konservativen Ministerpräsidenten abhängen, ob Ramsay MacDonald zur Bildung eines Ministeriums berufen werde. Die liberale Partei würde einen solchen Schritt Baldwin's weder begrüßen, noch unterstützen. Das Experiment sei bereits einmal, im Jahre 1924, völlig gescheitert. Die liberale Partei werde sich auf keinen Fall für eine Wiederholung dieses Experimentes verantwortlich machen lassen.



Katharina II., Kaiserin von Rußland

die Tochter des Fürsten Christian August von Anhalt-Zerbst, wurde am 2. Mai vor 200 Jahren in Stettin geboren.

### Coolidge gegen eine Vorherrschaft zur See

Neu-York. Coolidge erklärt in einem in der Mai Ausgabe der Zeitschrift „Ladies Home Journal“ erschienenen Artikel unter der Überschrift „Friedensversprechung“, daß jede Vorherrschaft zur See eines einzelnen Volkes heute durch die Einschränkung der Rüstungen unmöglich sei. Er finde aber eine gleichartige Rüstung auch irreführend, da ein verschiedenartiger Handel auch eine anders gestaltete Flotte erfordere. Nur eine Beschränkung des jetzigen Rüstungsplanes werde den Frieden bringen.

### Sir Addis nach Berlin abgereist

Berlin. Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Paris ist der englische Delegierte auf der Sachverständigenkonferenz, Sir Charles Addis, nach Berlin abgereist, um an den Beratungen des Generalrates der Reichsbahn teilzunehmen.

### Zusammenstöße zwischen Polizei und Kommunisten

Berlin. An den verschiedensten Stellen der Reichshauptstadt kam es am Montag zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Kommunisten. Am Potsdamer Platz versuchten etwa 200 Kommunisten, einen geschlossenen Zug zu bilden und konnten von der Polizei erst mit Zuhilfenahme des Gummiknüppels auseinandergetrieben werden. Ein Polizeibeamter wurde von den Kommunisten zu Boden geschlagen und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Sechs Zwangsgestellungen wurden durchgeführt. Auch am Bellavance-Platz vor dem Gebäude des „Vorwärts“ versuchten etwa 200 jugendliche Kommunisten sich zusammenzurufen. Die Polizei löste den Zug auf. Eine Person wurde zwangsgestellt. In der Gneisenaustraße hatte sich ebenfalls ein Zug von etwa 200 Kommunisten gebildet, die in Richtung Kaiser-Friedrichsplatz marschierten und von der Polizei daran gehindert wurden. Erst nach heftigen Zusammenstößen, in Verlauf derer ein Polizeibeamter durch Schläge ins Gesicht erheblich verletzt wurde, gelang es, die Kundgeber zu zerstreuen. Auch hier wurde eine Person zwangsgestellt und in das Polizeipräsidium eingeliefert. Am Richardsplatz in Neukölln hatten sich etwa 50 Mitglieder des Jung-Spartakus-Bundes zusammengedrängt, konnten aber mühselos von der Polizei auseinandergetrieben werden. Sechs von ihnen mußten den Weg zum Polizeipräsidium antreten.

### Primo de Rivera verweigert die Diktatur

Paris. Wie aus Madrid gemeldet wird, veröffentlichte Primo de Rivera folgenden Aufruf: „Wenn Gott will, wird die Wiederherstellung einer parlamentarischen Regierung in Spanien nicht vor 1931 geschehen. Der gesunde Verstand des spanischen Volkes ist ein mächtiger Wall gegen die durch Ausländer in Umlauf gesetzten Gerüchte. Das Direktorium beachtet jede Anregung zu Maßnahmen, die das Volk von diesem heimtückischen Uebel befreien wird.“

### Eine Strafexpedition gegen Marshall Fong

Peking. Die Nanjingregierung hat eine Strafexpedition gegen Fong ausgerüstet. Die Expedition wird von Chiang Kai-shek selbst geführt. Sie besteht aus 300 000 Mann und führt Flugzeuge und schwere Artillerie mit sich. Marshall Fong will sich nicht kampflös ergeben.







## Pflez und Umgebung

Abrahamsfest und Schützenjubiläum.

Kaufmann W. Lipinski in Nikolai feiert am 29. April sein Abrahamsfest, gleichzeitig sein 25jähriges Schützenjubiläum.

Achtung, deutsche Erziehungsberechtigte.

Einige polnische Zeitungen melden, daß die Eltern verpflichtet sind, ihre schulpflichtigen Kinder in der Zeit vom 4. bis 11. Mai d. Js. zum Schulbesuch anzumelden. Diese Nachricht bezieht sich nur auf diejenigen Erziehungsberechtigten, welche ihre Kinder in die polnische Schule anmelden wollen, kommt also für uns Deutsche nicht in Frage. Der Termin zur Anmeldung in die Minderheitsschule wird noch bekannt gegeben. Deutsche Eltern! Laßt Euch nicht irre führen.

Steuereinzahlungen.

Am 1. Mai ist die erste Rate der deklarierten Einkommensteuer zu zahlen. Die sonst übliche Zahlungsfrist wird diesmal nicht gewährt. Die Ratenzahlungen der Umsatzsteuer für das 1. Vierteljahr 1929 sind prolongiert bis zum 15. Juni. Eine Schonfrist wird nicht mehr gewährt. Wer seine Steuer bis zum 15. Juni nicht bezahlt hat, dem werden Verzugszinsen berechnet und zwar vom 15. Mai 1929 ab. Am 15. Mai ist der Rest der veranlagten Umsatzsteuer für das Jahr 1928 zu zahlen.

Evangelische Kirchengemeinde Pflez.

Freitag, den 3. Mai (Nationalfeiertag) ist um 8 Uhr deutscher, um 9 Uhr polnischer Gottesdienst.

Katholische Pfarrkirche Pflez.

Mit dem 1. Mai beginnen wieder die Maiandachten abends 7 Uhr, und zwar ist die 1. Maiandacht für die polnische Gemeinde. Jeden Montag, Mittwoch und Freitag finden polnische, jeden Dienstag, Donnerstag und Sonabend deutsche Maiandachten, Sonntags um 2 Uhr deutsch, um 3 Uhr polnisch. — Am 3. Mai (Nationalfeiertag), früh 6 Uhr, deutsche, um 8 Uhr polnische Herz-Jesu-Andacht, um 10 Uhr Feldgottesdienst am Ringe.

Kirchenchor.

Der evangelische Kirchenchor hält in dieser Woche seinen Übungsabend nicht Mittwoch, sondern Donnerstag, den 2. Mai, abends 8 Uhr, in der Kirche ab. Zahlreiche Beteiligung wird erwünscht.

Schützengilde Pflez.

Die Pflezer Schützengilde veranstaltet anlässlich des Nationalfeiertages ein Schießen um 3, eigens zu diesem Zweck geprägte Medaillen.

Bestäubenverein Pflez.

Diejenigen Mitglieder des Vereins, in einen Grenzausweis versehen, können sich am 3., 4. und 5. Mai an einer Wanderung in die schlesischen Bestäuben beteiligen. Die Abfahrt vom Bahnhof Pflez erfolgt morgens 5.30 Uhr über Bielitz nach Tschelisch. Von dort wird nach Misteck-Gründel weitergefahren und auf die Tysa-Hora aufgestiegen. Am nächsten Tage Wanderung über das Weiße Kreuz und das Lomnata nach abhinken. Dort wird übernachtet und am nächsten Tage über den Stoszel nach Weichsel abgestiegen, von wo aus die Rückfahrt nach Pflez erfolgt. Kleiner Proviant ist mitzunehmen.

Evangelischer Männer- und Jünglingsverein.

Dienstag, den 30. April, abends 8 Uhr, hält der Evangelische Männer- und Jünglingsverein bei Fuchs seine ständige Monatsversammlung ab.

## Das neue Wojewodschaftsgebäude

In der Sonntagsnummer des „Volkswille“ brachten wir eine kurze Notiz über das neue Wojewodschaftsgebäude in Kattowitz, das am 5. Mai seinen Bestimmungen übergeben wird. In diesem Gebäude wurde 5 Jahre gearbeitet, und man schuf da ein Bauobjekt, wie es keine zweite Wojewodschaft in Polen so leicht haben wird. Das Gebäude, das mehr als 600 Zimmer hat, kostet samt Einrichtung gegen 14 Millionen Zloty. Das neue Gebäude ist 5 Stod hoch. Der Innenausbau präsentiert sich genau so schön wie das Äußere. Das Treppenhaus ist sehr geräumig und mit Marmor ausgelegt. Im Wojewodschaftsgebäude befinden sich zwei prächtig eingerichtete Wohnungen, eine für den Wojewoden und die zweite für den Sejmarschall. Auch für den künftigen Sejm, den man nicht wählen läßt, wurde ein Saal gebaut und enthält 76 Plätze. Für das Präsidium sind besondere Sitze eingerichtet, während für das Publikum und die Pressevertreter die Galerie bestimmt ist.

Revision.

Die Polizeiorgane sind angewiesen worden, umgehend festzustellen, ob und wie weit die an Häusern, Wasserleitungen und Kanälen durch den Frost verursachte Schäden noch nicht beseitigt sind und gegebenenfalls die Beseitigung sofort zu veranlassen.

Holzverkauf.

Die Gemeinde Rudoltowitz erläßt eine Bekanntmachung über meistbietende Versteigerung von verschiedenen Holzarten, wie Eiche, Ahorn, Linde, Birke und Kastanie. Die Versteigerung findet statt, am 6. Mai 1929 um 10 Uhr vormittags auf dem Wege nach Borek bei Goczalkowicz, hierauf auf dem Wege Rudawki-Grzawa. Nähere Informationen hierüber erteilt der Gemeindevorsteher in Rudoltowitz.

Erfahrt.

Den Bemühungen der Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, die Diebin Marja Wolenda, die am 14. April d. J. beim Rechtsanwalt Dr. Verch Kleidungs-, Wäschestücke usw. im Werte von einigen tausend Zloty entwendet hatte, in Warschau zu verhaften, mit ihr ihre zwei Helfer, ihr zivilangetrauter Schemann Bielinski und ein gewisser Kasak. Die gestohlenen Sachen konnten bis auf einen Pelz und verschiedene Wäschestücke, die inzwischen zu Gelde gemacht worden waren, dem Eigentümer zurückerstattet werden. Das Urteil ist zur Zeit noch nicht bekannt.

Nächtliche Schießübungen.

In der Nacht vom 27. zum 28. April wurden die Pflezer Bürger durch heftige Schießerei in Schrecken versetzt, denn es war wohl den wenigsten bekannt, daß die hiesige Alanen-Schwadron für die Nacht Schießübungen (Blindgänger) vorgesehen hatte. Sie dauerten von 24 bis 1 Uhr.

Kinoprogramm der Woche.

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, den 30. April, 1. und 2. Mai: „Das Geheimnis des Orients“, ein Ufa-Film von ganz hervorragender Ausstattung, teilweise kolorierte Bilder. In den Hauptrollen: Joan Petrovich, Marcella Albani, Nikolai Kolin, Dita Parlo. Freitag, den 3. Mai: „Der Herr der Nacht“ mit Clara Bow. Sonnabend und Sonntag, den 4. und 5. Mai: „Alte Heidelberg“, der Großfilm mit Roman Nowaro. Außerdem werden im Laufe des Monats Mai im hiesigen Kino einige Großfilme laufen, welche Beachtung finden werden.

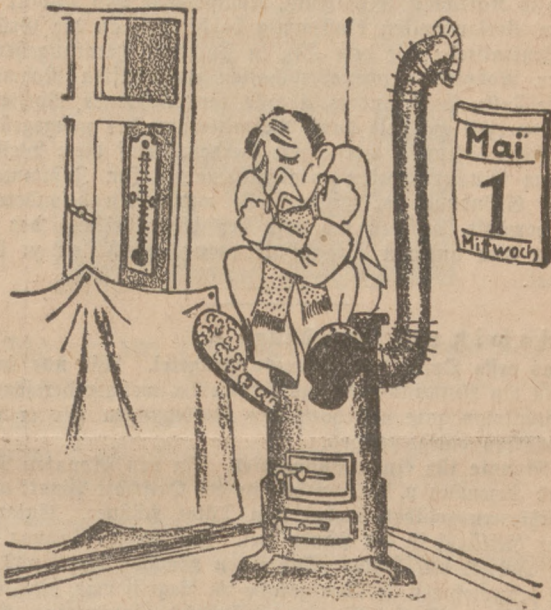
Die Decke ist aus Glas, die genügend Licht hereinläßt. An der Wand befinden sich die Büsten von Stalmach, Miarka und Wigon, die durch den Bildhauer Rojet in Polen angefertigt wurden. Auch die Klubzimmer für die Abgeordneten präsentieren sich vorzüglich. Im zweiten Stod befinden sich bereits die Büroräume der Verwaltungsabteilung der Wojewodschaft, das Museum und die Propagandabüros für die allgemeine Ausstellung in Polen. Auf die oberen Stockwerke führt ein Aufzug, System Wertheim. Die Büroräume des Wojewoden, als auch der Sejmungsjaal erhalten neue innere Einrichtung, dagegen müssen sich alle anderen Ämter der Wojewodschaft mit ihrer bisherigen Einrichtung begnügen. Daß die Wojewodschaftsbeamten davon nicht besonders erbaut sind, versteht sich von allein, aber andererseits kostet eine neue Büroeinrichtung für annähernd 600 Büroräume ein Heidengeld, und wir leben in Geldnöten und haben genug andere Sorgen.

Spenden für das Kinder-Erholungsheim Rudoltowitz.

Für den geplanten Bau des Kinder-Erholungsheims in Rudoltowitz sind folgende Spenden eingegangen: Aus einer Privatsammlung des Wladislaw Pomiatow 59,60 Zloty, Gemeinde Murcki 750 Zloty, Gemeinde Neuborf 90, Zloty, Gemeinde Chelm 100 Zloty, katholische Schule Wiltow 1,95 Zloty, Herrn Max Raduch, Nikolai, 40 Zloty, Magistrat Pflez 651,25 Zloty, Gemeinde Mokrau 200 Zloty, Gemeinde Kobier 12,10 Zloty, so daß die bisherigen gesamten Spenden einen Betrag von 29 886,94 Zloty aufweisen.

Waldbrand bei Koftuchna.

Durch Funkenauswurf aus der Lokomotive eines Güterzuges, der die Strecke Tichau-Koftuchna befährt, entstand in dem Walde an der Strecke ein Brand, dem 6 Hektar Wald zum Opfer fielen. Der Schaden beträgt mehrere Tausend Zloty.



Der Mai ist gekommen!

## Jenseits der Grenze

Staatsberatungen. — Steuererhöhungen. — Grenzlandnöte der ober-schlesischen Städte.

(West-ober-schlesischer Wochenendbrief.)

Gleiwitz, den 27. April 1929.

Die ober-schlesischen Städte stehen im Zeichen der Staatsberatungen, die dieses Jahr ein besonders schweres Stück Arbeit darstellen, da der Finanzbedarf der Städte durch dringende Ausgaben ständig steigt, während die Wirtschaft in diesem deutschen Jahr 1929 nicht in der Lage ist, weitere Steuererhöhungen, die dem erhöhten Finanzbedarf der Städte entsprechen, zu tragen. In allen ober-schlesischen Stadtparlamenten gibt es daher jetzt harte Kämpfe um die einzelnen Etatspositionen und die Festlegung der Steuerhöhen.

Als erste Stadt Oberschlesiens hat Oppeln einen neuen Etat unter Dach und Fach gebracht. Allerdings hat es auch hier schwere Auseinandersetzungen gegeben. Aber schließlich mußten auch die Oppelner Stadtverordneten einer Erhöhung der Gewerbesteuer zustimmen, da sonst eine Bilanzierung des Etats nicht möglich war.

Ebenfalls fertig mit den Staatsberatungen ist die Stadt Ratibor, die ja seit der Grenzziehung besonders schwer leidet, da sie in einem wirtschaftlich toten Winkel Deutsch-Oberschlesiens liegt. Der neue Oberpräsident Dr. Lufschel hat daher Veranlassung genommen, bei seinem ersten amtlichen Besuch in Ratibor anlässlich der Teilnahme an einer Sitzung des ober-schlesischen Provinzialausschusses mit Vertretern der Wirtschaft und der Stadtverwaltung von Ratibor die besonderen Notstände dieses Gebietes zu besprechen. Dr. Lufschel hat auch von sich aus die Notwendigkeit einer besonderen Unterstützung der Stadt Ratibor anerkannt und versprochen, sich mit allen Mitteln für die Belange Ratibors bei den Reichs- und Staatsstellen einzusetzen.

Besonders schlimm sehen auch die ungedeckten Fehlbeträge in den Etats der drei Industriestädte Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg aus. Die Stadtverordnetenversammlung von Beuthen hat in seiner zehnstündigen Dauer Sitzung die Staatsberatungen auf der Ausgaben Seite bereits abgeschlossen. Dagegen ist man zu einer Einigung über die Deckung der Ausgaben noch nicht gekommen; die erforderlichen Kommunalsteuern konnten nicht festgelegt werden. Nach einer Anhörung des Beuthener Oberbürgermeisters wird sich eine Steuererhöhung nicht umgehen lassen, um das Defizit im Etat zu decken. Die Stadt Beuthen ist fast ausschließlich auf Kohle und Erz. Ihre zwei größten Steuerzahler sind die Giesche-Gesellschaft und die Schleifische Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb. Dank dieser gut florierenden Gesellschaften konnte Beuthen bis jetzt mit verhältnismäßig niedrigen Steuersätzen auskommen.

Auf diese relativ guten Steuerverhältnisse der Stadt Beuthen schauen die beiden Nachbarstädte Gleiwitz und Hindenburg mit neidvollen Augen. Die Städte Gleiwitz und Hindenburg streben daher seit langem einen

steuerlichen Ausgleich für den gesamten Industriebezirk

an, was durch die kommunale Neugliederung durch den bekannten Plan Dr. Lufschels gefördert soll. Die Stadt Beuthen wehrt sich daher mit allen Mitteln gegen die Durchführung dieses Planes, da sie durch diesen kommunalen Lastenausgleich Geldmittel mit für die beiden anderen notleidenden Nachbarstädte aufbringen soll. Die bisherige solide Finanzwirtschaft der Stadt Beuthen soll also gewissermaßen die Hauptgrundlage bilden, um die Schulden der beiden anderen Städte zu decken. In Beuthen nennt man diesen Plan eine Bestrafung der bisherigen soliden Beuthener Kommunalwirtschaft und eine Belohnung der Nachbarstädte — wobei man insbesondere Gleiwitz meint — für ihr leichtfertiges Schuldenmachen. Die geplante Vereinheitlichung des deutsch-oberschlesischen Industriebezirks dürfte daher noch manche harte Kämpfe verursachen. Allerdings scheint es tatsächlich keine andere Möglichkeit für eine

Gesundung der Finanzverhältnisse der Städte Gleiwitz und Hindenburg

zu geben. Besonders notleidend ist ja Hindenburg. Diese Notlage ist offensichtlich nicht durch eigenes Verschulden herbeigeführt, so daß man von Hindenburg aus nicht mit Unrecht den kommunalen Lastenausgleich verlangt, da ja schließlich der gesamte Industriebezirk daran interessiert ist, daß alle Bewohner in gesunden kommunalen wirtschaftlichen Gebilden leben. Die Stadt Hindenburg hat mit den Staatsberatungen die größten Sorgen. Es ist augenblicklich überhaupt noch nicht abzusehen, mit welchen Millionenbeträgen der Hindenburger Etat abschließt, da die Etatsausarbeitung noch nicht beendet ist. Die letzte Hindenburger Stadtverordnetenversammlung konnte daher lediglich 25 Prozent aller Ausgaben des vorigen Jahres provisorisch bewilligen, um die Geschäfte der Stadtverwaltung überhaupt fortlaufen zu lassen.

Besonders schmerzhaft ist es aber, daß in den Zeiten der wichtigen Staatsberatung der Stadt Hindenburg das Stadtoberhaupt fehlt. Ueber die Neubesetzung des durch die Ernennung Dr. Lufschels zum Oberpräsidenten frei gewordenen Hindenburger Oberbürgermeisterpostens konnte bisher unter den Parteien immer noch keine Einigung erzielt werden. Die Einigung ist diesmal deshalb besonders schwierig, weil für die

Wahl des neuen Oberbürgermeisters von Hindenburg,

mit Rücksicht auf die unmittelbar bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Diese komplizierte Zweidrittelmajorität kann aber nur erreicht werden, wenn sich die Oppositionsparteien mit den gegenwärtigen Mehrheitsparteien zusammenschließen. In der letzten Stadtverordnetenversammlung war die Oberbürgermeisterwahl als erster Punkt der

Tagesordnung vorgesehen. Da aber vorherige Einigungsversuche unter den Parteien nicht geklärt waren, wurde dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt und vertagt. Es muß abgewartet werden, ob es den weiteren Verhandlungen zwischen den Parteien hinter den Kulissen gelingt, sich auf einen Mann zu einigen, oder ob, wenn es nicht der Fall ist, die Oberbürgermeisterwahl gänzlich bis nach Erledigung der kommunalen Neuwahlen verschoben werden muß. Diese Verschiebung wäre, wenn sie bei einer Nichteinigung der Parteien erforderlich werden sollte, selbstverständlich für die weitere kommunale Entwicklung der Großstadt Hindenburg sehr schädlich.

Auch in Gleiwitz geht man mit großen Sorgen an die Staatsberatungen heran. Die Staatsberatungskommission des Gleiwitzer Stadtparlaments ist bereits mit der Prüfung des vom Magistrat vorgelegten Etats beschäftigt. Gleiwitz hat eine außerordentlich große Schuldenlast, die ungeheure Summen an Zinsen verschlingt. Die Stadt Gleiwitz hat sich zweifelsohne in den letzten Jahren übernommen und mehr geschaffen als das Stadtbüro vertragen kann. Es wurden daher immer wieder große Schulden gemacht in der Hoffnung, daß Reich und Staat diese Schulden einst von den Gleiwitzer Schultern abnehmen werde, da Reich und Staat einen

finanziellen Zusammenbruch von Gleiwitz

aus nationalpolitischen Gründen nicht verantworten könnten. In dieser Hoffnung hat man sich allerdings schwer getäuscht, da Reich und Staat in diesem Jahre nur selbst mit größter Mühe die erforderlichen Etatmittel aufbringen und keine Sonderzuwendungen an die Kommunen geben können. Gleiwitz muß daher allein sehen, wie es jetzt fertig wird. Bei dieser katastrophalen Finanzlage wächst auch in Gleiwitz immer mehr die Stimmung für die kommunale Vereinheitlichung im Industriebezirk und einen kommunalen Lastenausgleich, von dem man sich eine gewisse Besserung der trostlosen Finanzverhältnisse der Stadt Gleiwitz verspricht.

Die Nöte der ober-schlesischen Städte, die jetzt bei den Staatsberatungen besonders deutlich hervortreten, wurden in dieser Woche durch einen Rundfunkvortrag in den schlesischen Sendern erläutert, den Oberbürgermeister Dr. Geißler-Gleiwitz im Rahmen der Grenzlandvortragsreihe der schlesischen Sender hielt. Der Rundfunkredner hat in nicht mißzuverstehenden Worten die

katastrophale Notlage der ober-schlesischen Städte geschildert und insbesondere auf die Hauptursachen dieser Notlage, die schlechte Wirtschaftslage in Oberschlesien, hingewiesen. Zum Schluß des Rundfunkvortrages betonte er ebenfalls die Notwendigkeit eines durchgreifenden Lastenausgleichs, der die besonderen Schwierigkeiten der Grenzstädte voll und ganz berücksichtigt. Er begründete weiter die ober-schlesischen Forderungen nach Verkehrsverbesserungen und kulturellem Ausbau. Die ober-schlesischen Städte sind sich ihrer wichtigen Grenzlandaufgabe bewußt, aber sie können diese Aufgabe nur dann erfüllen, wenn es gelingt, der finanziellen Schwierigkeiten Herr zu werden.

—wisma—



## Nikolai.

Vom katholischen Gesellenverein. Der Verein veranstaltet am Donnerstag, den 9. Mai (Christi Himmelfahrt), 7 Uhr, im Saale von Ratka eine Theateraufführung, und zwar das vieraktige Schauspiel „Wenn du noch eine Mutter hast“ von Heinrich von Kleist. Die Leistungen bei den Theateraufführungen des katholischen Gesellenvereins sind uns von früher her schon jedem Bürger der Stadt als die besten der Dilettantenbühne bekannt. Da den Bewohnern von Nikolai ein so erbauliches wie lehrreiches Theaterstück nicht so bald geboten wird, wünschen wir dem Verein ein ausverkauft Haus.

## Siegfriedsdorf.

Der Landwirt Jakob Durok ist als Gemeindevorsteher bestätigt worden.

## Für das Kindererholungsheim in Rudoltowitz.

Zum Bau des Kindererholungsheimes in Rudoltowitz spendete die Gemeinde Wessola 200 Zloty.

## Aus der Wojewodschaft Schlesien

### Deutsche Lehrer werden gesucht

Das schlesische Wojewodschaftsamt gibt bekannt, daß in mehreren staatlichen und kommunalen Gymnasien sowie für Mittelschulen innerhalb der Wojewodschaft Schlesien, Lehrer gesucht werden. In den staatlichen Gymnasien in Kattowitz, Lublinitz, Pleß und Scharlej, sowie im kommunalen Gymnasium in Siemianowitz wird je ein deutscher Lehrer angefordert. Die Kandidaten müssen eine abgeschlossene Lehrerbildung und eventl. eine Praxis nachweisen können. Den Gesuchen, welche bis spätestens zum 31. Mai an den „Wydział Oswiecenia Publicznego“ einzureichen sind, sind ein selbstgeschriebener Lebenslauf, die Geburtsurkunde sowie andere Dokumente (Zeugnisse) beizufügen.

### Zentralisierung der Fleischer-Rohproduktengenossenschaft

Am Freitag fand in den Räumen des Fleischerverbandes in Kattowitz eine Versammlung der hiesigen Fleischer und Wurstmacher statt. Zwecks Zentralisierung der Rohproduktengenossenschaften in Kattowitz, Myslowitz, Königshütte und Rybnik wurde von den Versammelten einstimmig beschlossen, an die Gründung einer Zentralstelle mit dem Sitz in Kattowitz heranzugehen. Alle von den Rohproduktengenossenschaften angekauften Rohmaterialien wie Felle, sowie andere Abfälle, ferner Hörner, Borsten usw. sollen von Zeit zu Zeit durch Vermittlung der neugegründeten Zentralstelle öffentlich versteigert werden. Auf diese Weise will man dem Wuchererwesen entgegensteuern. Im Zusammenhang mit der Gründung der Zentralstelle wurde ein besonderes Komitee gewählt, welches sich mit der Ausarbeitung der neuen Statuten und anderen Organisationsangelegenheiten zu beschäftigen hat.

### Kattowitz und Umgebung

Das erste Opfer der Jalenzer Prügelei. Wie uns berichtet wird, ist ein Aufständischer aus Idzameiche, welcher der sogenannten Ehrenkompanie angehört, den Verletzungen, die er in Jalenze erlitten hatte, erlegen.

6 Monate für einen Hühnerdieb. In den Monaten November und Dezember v. Js. wurden in der Ortschaft Biastki mehrere Diebstähle ausgeführt, wobei dem Täter Hühner, Enten und anderes Geflügel in die Hände fiel. Im Monat Januar gelang es der Polizei auf frischer Tat einen gewissen Johann T. aus Biastki festzunehmen, welcher gerade im Begriff war, die Stallung der Händlerin Marie W. einen „Besuch“ abzugeben. Auf der Polizeiwache in Biastki gestand, nach einem kurzen Kreuzverhör, der Arrestierte zwei Hühner- und Enten Diebstähle, ein T. führte weiterhin aus, daß er die Diebesware später an Wochenmärkten auf Umwegen gegen ein kleines Entgelt an ihm nicht näher bekannte Personen veräußerte, um auf diese Weise seinen karglichen Lebensunterhalt zu fristen. Vor dem Sond. Grodzki hatte sich der Hühnermarbier zu verantworten. Die gerichtliche Beweisaufnahme ergab jedoch, daß der Angeklagte wegen ähnlichen Diebstählen bereits zweimal vorbestraft gewesen ist. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von insgesamt 6 Monaten.

# Amtlicher Bericht des Oberpräsidenten über die Vorgänge in Oppeln

Der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien teilt amtlich folgendes mit:

Aus Anlaß der am Sonntag nachmittag im Oppelner Stadttheater gegebenen Vorstellung der Kattowitzer Oper hat der Polizeipräsident von Oppeln zum Schutze der Theaterbesucher zur Verstärkung der sonst üblichen Theaterwache sowohl am Eingange des Theaters als im Theater selbst besondere Vorposten getroffen. Die Mitglieder der Kattowitzer Oper waren im Laufe des Nachmittags am Bahnhof Oppeln eingetroffen und hatten sich unbehelligt durch die Stadt zum Theater begeben. Die Aufführung verlief im allgemeinen ungestört, abgesehen davon, daß zweimal der Versuch gemacht wurde, durch Werfen von Stinkbomben die Veranstaltung zu stören. Die Schutzpolizei hat beide Male sofort die Logen, in welchen die Werfer der Stinkbomben sich aufgehalten haben mußten, durchsucht und insgesamt 10 jugendliche Personen festgenommen, welche nicht im Besitze einer Einlasskarte waren. Einer von diesen führte einen Schlagring bei sich. Diese 10 Personen, welche der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei angehören, wurden bis nach Beendigung der Vorstellung in polizeilichem Gewahrsam gehalten.

Als gegen Schluß der Vorstellung sich eine große Menschenmenge auf dem Ringe vor dem Theater ansammelte, forderte der diensttunende Polizeioffizier eine erhebliche Verstärkung des Polizeischar an. Diese traf auch innerhalb weniger Minuten ein. Die Menschenmenge hielt sich zunächst lediglich auf dem Bürgersteig der Offseite des Ringes auf. Da indessen immer mehr Menschen herantamen, wurde seitens der Polizei das Verbot des Zuganges zum Theater mit Rücksicht auf den bevorstehenden Schluß der Veranstaltung durchgeführt. Nach Schluß der Vorstellung traf der anwesende Polizeipräsident Maj. selbst die notwendigen Anordnungen, um ein unbehelligtes Abfahren der Mitglieder des Kattowitzer Theaters zum Bahnhof zu gewährleisten. Diese waren naturgemäß durch den Anblick der vielen Menschen auf dem Ringe, welche stark lärmten, in große

Aufregung geraten. Der Polizeipräsident ließ durch Beamte der Kriminalpolizei beruhigend auf die Menschenmenge einwirken. Währenddem hatten die Mitglieder des Kattowitzer Theaters bereits vorzeitig ohne Wissen des Polizeipräsidenten das Theater verlassen. Lediglich ein Mitglied des Orchesters und eine Dame des Balletts waren zurückgeblieben. Hiernach war es dem Polizeipräsidenten unmöglich geworden, den Mitgliedern der Theatergesellschaft auf ihrem Wege zum Bahnhof polizeilichen Schutz beizugeben. Wäre dies geschehen, so wären bestimmt die Auftritte am Bahnhof, die innerhalb des Bahnhofsgeländes zu einer Verletzung mehrerer Mitglieder der Theatergesellschaft führten, unterblieben. Als die für den Schutze der Theatergesellschaft bestimmten Polizeibeamten am Bahnhofseingang eintrafen, hatte die Theatergesellschaft bereits den Bahnhof betreten und war hier von einzelnen jungen Burschen angegriffen worden. Nach den Feststellungen des Bahnarztes haben die ihm unmittelbar nach dem Vorfall vorgestellten Personen Verletzungen irgendwelcher erheblicher Art nicht erlitten. Es handelt sich um kleine Stirnwunden, eine Armkontusion und um Kratzwunden im Gesicht bei mehreren anderen Personen. Seitens des Polizeipräsidenten sind sofort die Ermittlungen nach den Tätern aufgenommen worden. Im Laufe des heutigen Tages wurden 10 Personen in polizeilichem Gewahrsam genommen und nach eingehender Vernehmung dem zuständigen Richter zur Entscheidung über den Erlass eines Haftbefehls vorgeführt. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen und werden mit aller Schärfe durchgeführt. Daß in der Stadt Oppeln die Aufrechterhaltung einer polizeilichen Ordnung durch die Kattowitzer Theatergesellschaft zu einem derartigen Austritt führen konnte, ist außerordentlich bedauerlich. Der Herr Oberpräsident hat dem Generalkonsul der polnischen Republik in Danzig sein Bedauern über die Vorfälle anlässlich der Aufführung des polnischen Theaters in Oppeln ausgedrückt und dabei erklärt, daß alles geschieht, um die Täter zu ermitteln und der notwendigen Sühne zuzuführen.

Verhaftung von Betriebsräten. Am Sonnabend wurden drei Betriebsräte von den Gieschegruben verhaftet. Unter denselben befindet sich auch der Vorsitzende des Betriebsrates. Derselbe befand sich gerade auf dem Wege nach Kattowitz mit einer Betriebsratdelegation, welche wegen der Feierschichten beim Demobilisationskommissar und Wojewoden vorstellig werden sollte.

## Was der Rundfunk bringt.

Kattowitz — Welle 416.  
Mittwoch, 16. Schallplattenkonzert. 17.25: Polnisches. 17.55: Konzert von Warschau. 19.10: Vortrag. 20.30: Abendkonzert. 21.35: Literatur. 23: Grenzschiff.

Donnerstag, 12.15: Für die Jugend. 16: Kinderstunde. 17: Geschichtsstunde. 17.55: Wie vor. 19.10: Vorträge. 20: Abendprogramm von Warschau.

Warschau — Welle 1415.  
Mittwoch, 12.10: Kinderstunde. 15.10: Vortrag und danach Schallplattenmusik. 17: Vorträge. 17.55: Konzert. 19.10: Vorträge. 20.15: Abendunterhaltung. 21.35: Dichterstunde, danach die Abendberichte.

Donnerstag, 12.15: Vorträge. 16.15: Kinderstunde. 17: Zwischen Büchern. 17.25: Vorträge. 18.35: Violinkonzert. 19.10: Vortrag und anschl. verschiedene Nachrichten. 20: Abendkonzert. 21.15: Von Krakau. 22: Berichte und Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 326.4. Breslau Welle 321.2.  
Allgemeine Tageseinteilung.

11.15: (Nur Wochentags) Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.20—12.55: Konzert für Versuche

und für die Funkindustrie auf Schallplatten. \*) 12.55 bis 13.00: Neuer Zeitzeichen. 13.06: (nur Sonntags) Mittagsbericht. 13.30: Zeitanzeige, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 14.45—14.55: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung. \*) 15.20—15.35: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Preisnachrichten (außer Sonntags). 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonntags und Sonntags). 19.20: Wetterbericht. 22.00: Zeitanzeige, Wetterbericht, neueste Preisnachrichten, Funkwerbung \*) und Sportfunk. 22.30—24.00: Tanzmusik (eine bis zweimal in der Woche).

\*) Außerhalb des Programms der Schlesischen Funkstunde A-G.

Mittwoch, 1. Mai. 15.50: Jugendstunde. 16.30: Anton Dvorak (Zum 25. Todestage des Komponisten). 18.00: Abt. Himmelskunde. 18.20: „Himmelsbeobachtungen im Mai“. 18.25: Abt. Medizin. 18.50: Mitteilungen des Arbeiter-Radio-Bundes Deutschlands e. V., Bezirksgruppe Breslau. 19.10: Stunde der Arbeit. 19.35: Wetterbericht. 19.35: Kulturkriege? 20.00: Weitertragung aus Berlin: Zum 1. Mai. 20.30: Concertino. 21.00: Durchsagen! 22.00: Die Abendberichte. 22.30—24.00: Tanzmusik des Funk-Jazzorchesters.

Donnerstag, 2. Mai. 9.30: Schulfunk. 16.00: Stunde mit Büchern. 16.30: Unterhaltungskonzert. 18.00: Abt. Philosophie. 18.25: Abt. Technik. 18.50: Abt. Wirtschaft. 19.15: Weitertragung aus Gleiwitz: Stunde der Zeitschrift „Der Oberschlesier“. 19.35: Schlesien hat das Wort. 20.00: Englische Lektüre. 20.20: Weiteres und Weiteres. 22.00: Die Abendberichte.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.  
Druck u. Verlag: „Vita“, naklad drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, Kościuszki 29.

## Lesen Sie den

**Uhu**  
oder  
**Das Magazin**  
Zu haben im  
**Anzeiger für den Kreis Pleß**

Wieder lieferbar

Erich Maria Remarque  
**Im Westen nichts Neues**

Zloty 13.20

„Remarques Buch ist das Denkmal unseres unbekannten Soldaten“, schreibt Walter v. Molo in einem begeisterten Urteil, und Alfred Kerr bekannt: „Ich las es, im Tiefsten erschüttert“.

„Anzeiger für den Kreis Pleß“

Wir empfehlen unserer geehrten Kundschaft unser reichhaltiges Lager an:

## Glückwunschkarten

für jede Gelegenheit

Kondolenz-Karten

Papier-Servietten

Garnituren

bestehend aus 1 Käufer und 25 eleg. Servietten

Tischkarten

Tortenpapieren

usw. usw.

„Anzeiger für den Kreis Pleß“

Anzeigen jeder Art

haben im

„Anzeiger für den Kreis Pleß“

stets den gewünschten Erfolg.

## Lesen Sie die

## Grüne Post

Sonntagszeitung für Stadt und Land, eine äußerst reichhaltige Zeitschrift für jedermann. Der Abonnementspreis für ein Vierteljahr beträgt nur 6.50 Zloty, das Einzel-exemplar kostet 50 Groschen.

Abonnements nimmt entgegen

Anzeiger für den Kreis Pleß

Neue Mode-Alben  
Frühjahr-Sommer 1929

ELITE - FAVORIT  
ULLSTEIN - BEYER

Erhältlich im Anzeiger für den Kreis Pleß